



Sitzungsvorlage

B 2022/610/5293
öffentliche Sitzungsvorlage

Federführung

Fachdienst Stadtentwicklung, Planung, Bauordnung

Auskunft erteilt

Frau Stefanie Gröne

Telefon

02522 / 72-463

E-Mail

stefanie.groene@oelde.de

**Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:
Vorbereitung des Ausbaus der kommunalen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge**

Beratungsfolge	Zuständigkeit	Termin
Rat	Entscheidung	12.09.2022

Beschlussvorschlag

Der Rat nimmt den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zur Vorbereitung des Ausbaus der kommunalen Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, mit der Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG die Inhalte und Ziele zum Ausbau der Ladeinfrastruktur abzustimmen und dort unterstützend tätig zu werden, wo es möglich und notwendig ist.

Sachverhalt

Generell wertet die Verwaltung es als gute Idee, den Ausbau der Infrastruktur für E-Ladesäulen mit Beteiligung der Bürgerschaft voranzutreiben. Da Planung, Ausbau und Betrieb der Ladeinfrastruktur das Geschäft der Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG darstellen (die Stadtwerke sind Netzbetreiber), sollte eine entsprechende Bedarfsabfrage über die Stadtwerke initiiert werden. Zudem haben die Stadtwerke das Know-How, um mit den Bürgerinnen und Bürgern in den Dialog zu gehen, zu beraten und Fragen zur E-Mobilität zu beantworten.

Die Stadtwerke haben nach eigener Auskunft ein E-Mobilitätskonzept entwickelt und sind aktuell dabei, die Inhalte und Ziele mit den einzelnen Kommunen im Versorgungsgebiet abzustimmen. Auch für Oelde soll es in naher Zukunft einen Gesprächstermin geben.

Bereits heute werden in Oelde fünf Ladestellen von der Stadtwerke Ostmünsterland GmbH & Co. KG betrieben. Die Standortauswahl fand unter anderem auch in Abstimmung mit der Stadtverwaltung statt, da sich ein Teil der Ladesäulen und der Stellflächen auf städtischen Grundstücken befinden.

Ganz aktuell liegt der Stadt Oelde ein Bauantrag der Firma IONITY GmbH zur Errichtung von bis zu zwölf Schnellladesäulen im Bereich der Straße „In der Geist“ vor.

Seitens der Stadt wird das Thema Ladeinfrastruktur über die aktuelle Stellplatzsatzung berücksichtigt. Dort wird in § 5 Absatz 1 empfohlen, ab einer Anzahl von zehn notwendigen PKW-Stellplätzen für mindestens 20 % der herzustellenden Stellplätze die Voraussetzung in Form von Leerrohren für eine mögliche Ladeinfrastruktur zu schaffen.

Die Stadtverwaltung wird das Thema weiterhin begleiten und bei der Umsetzung von Maßnahmen unterstützend tätig sein.

Klimarelevanz

Die E-Mobilität stellt einen wichtigen Baustein für die Verkehrswende in den Kommunen dar. Auch die aktuelle politische Lage und die Notwendigkeit, von fossilen Energieträgern unabhängig zu werden, kurbelt die Nachfrage nach E-Autos an. Durch den Ausbau der Ladeinfrastruktur werden die nötigen Bedingungen geschaffen, um die E-Mobilität weiter voran zu treiben. Voraussetzung ist auch hier, dass der Strom zum Aufladen der Batterien aus erneuerbaren Energien stammt.

Anlage

Anlage 1 – Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen